



Bern, 17. März 2006

Police Bern: Finanzielle Ungerechtigkeiten bleiben bestehen

Von Blaise Kropf, Grossrat Grünes Bündnis

Die Bestrebungen zur Zusammenführung der Polizeieinheiten im Kanton Bern zur *Police Bern* müssten – wenn schon – Anlass dazu sein, auch auf der finanziellen Seite für eine faire Einheitlichkeit zu sorgen und bestehende Ungleichgewichte in der Finanzierung der öffentlichen Sicherheit zu beseitigen. Gemäss statistischen Erhebungen sind die Ausgaben für öffentliche Sicherheit in den Kernstädten signifikant höher als in den Agglomerations- und den ländlichen Gemeinden. Die Ausgaben der Kernstädte für die Polizei im engen Sinn machen beispielsweise 851% jener der Agglomerationsgemeinden aus.¹

Aus diesem Grund ist die Regelung der finanziellen Abgeltung der Polizeileistungen einer der Hauptkritikpunkte des Grünen Bündnis an der Revisionsvorlage zum Polizeigesetz. Das Grüne Bündnis kritisiert namentlich die in Art. 12b Abs. 2 vorgesehenen unterschiedlichen Kostenansätze je Personaleinheit (Fr. 100 000 bis fünf Personaleinheiten, Fr. 110 000.- darüber). Diese verschiedenen Ansätze führen dazu, dass die Städte Bern und Biel überproportional belastet werden. Denn mit Ausnahme der erwähnten Städte beschäftigt keine Gemeindepolizei mehr als 12 Mitarbeitende. Für alle 13 Ressourcen-Vertragsgemeinden mit Ausnahme von Biel und Bern (für alle anderen 380 Gemeinden sowieso) haben die unterschiedlichen Tarife kaum Auswirkungen. Bei der Stadtpolizei Bern mit ihren 600 Angestellten und der Stadt Biel mit 100 Mitarbeitenden führt dies indes zu Mehrausgaben (gegenüber den kleineren Gemeinden) in Millionenhöhe. Der Gemeinde Bern würden dadurch Mehrkosten von rund 6 Mio. Franken pro Jahr entstehen. In anderen Worten: Die Overheadkosten der neuen «Police Bern» würden weitgehend durch die Städte Bern und Biel finanziert, während aufgrund der «unentgeltlichen Leistungen» rund 80% der Gemeinden im Kanton keinen Rappen für die polizeilichen Dienstleistungen zu erbringen hätten.

Das Grüne Bündnis vertritt die Meinung, dass ein tiefgreifendes Reorganisationsprojekt wie «Police Bern» dazu genutzt werden sollte, bestehende strukturelle Ungerechtigkeiten abzubauen. Aus diesem Grund erachten wir es als falsch, die im Rahmen dieses Projekts zutage tretenden besonderen Belastungen der grossen Städte im Polizeibereich mit den abgestuften Tarifen von «Police Bern» nun in Beton zu giessen. Insbesondere die Stadt Bern darf nicht dafür «bestraft» werden, dass sie

¹

Siehe hierzu zum Beispiel: Monitoring Urbaner Raum Schweiz, zitiert nach: die stadt – les villes 6/2005

als Hauptstadt erwiesenermassen gerade im Polizeibereich zahlreiche Zentrumsleistungen zu erbringen hat.

Neben den ungleichen Kostenansätzen wird das Gerechtigkeitsempfinden durch die Bestimmungen zu den «unentgeltlichen Leistungen» weiter strapaziert. So ist es nicht verständlich, dass in einer Gemeinde mit 2000 Einwohnern 30 polizeiliche Interventionen gratis erfolgen (d.h. ein Anteil von 0,015 Interventionen pro BewohnerIn und Jahr), während in einer grossen Gemeinde mit z.B. 100 000 Einwohnern maximal 50 Interventionen gratis erfolgen (d.h. ein Anteil von 0,0005 Interventionen pro BewohnerIn und Jahr). Die vom Regierungsrat ins Feld geführte Kompensation der unentgeltlichen «Einzeleinsätze» (für die kleineren Gemeinden) mit den unentgeltlichen «ausserordentlichen Einsätzen» (für die Städte) überzeugt nicht. Denn in den Bereich der Einzeleinsätze fallen primär sicherheitspolizeiliche Aufgaben, die den grossen Gemeinden angerechnet werden. Die Möglichkeit einer Ungleichbehandlung grösserer und kleinerer Gemeinden bleibt damit bestehen, was in unseren Augen nicht hingenommen werden kann. Im übrigen ist nicht verständlich, wieso nicht jede Gemeinde – unabhängig von ihrer Grösse – einen solidarischen Beitrag an die öffentliche Sicherheit tragen soll.